

Die schweizerische Wirtschaft 1982 : von der internationalen Konjunkturschwäche betroffen

Autor(en): **Traber, Hans A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **75 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355133>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die schweizerische Wirtschaft 1982: Von der internationalen Konjunkturschwäche betroffen

Hans A. Traber

1982 war wirtschaftlich ein schwieriges Jahr. Die Weltwirtschaft litt wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren der langgezogenen Rezession unter den drei alten Krankheiten: 1. unter dem schrumpfenden Welthandel, den verschiedene Länder mittels Importrestriktionen zum Schutz der einheimischen Produktion noch mehr einengten, 2. unter der mangels Absatz stagnierenden Produktion und 3. unter der deswegen sowie als Folge der dritten industriellen Revolution steigenden Arbeitslosigkeit. Dazu kamen als neue Krisenzeichen 4. die akuten Zahlungsschwierigkeiten mehrerer Länder und ein dadurch denkbarer internationaler Finanzkollaps. Dies hat weltweit in den Ländern der OECD zu einer Arbeitslosigkeit von fast 10 Prozent oder zu 30 Millionen Arbeitslosen, wovon mehr als die Hälfte in Europa, geführt.

Diese lange und tiefe Rezession der Weltwirtschaft ist für die einen die Folge eines Versagens der Stabilitätspolitik während der Hochkonjunktur der sechziger Jahre, des zweiten Erdölpreisschocks von 1979/1980 und/oder der auf die Bekämpfung der Inflation ausgerichteten restriktiven Geldmengen- beziehungsweise Hochzinspolitik der Notenbanken. Andere machen dafür den Zeitgeist verantwortlich, der durch Zweifel, Unsicherheit, Ratlosigkeit und Ängste geprägt sei, sich in einer Technikfeindlichkeit und Zivilisationskritik äussere und den Konjunkturpessimismus fördere. Schliesslich wird die Rezession schlicht als «hausgemacht» bezeichnet. Sie wurde langgezogen – «von den Regierungen, die einem antifiskalistischen Aberglauben zum Opfer fielen und dann obendrein noch (ganz gleich, von welcher Couleur sie waren) abgewählt wurden» (Karl Kühne in den Gewerkschaftlichen Monatsheften von Dezember 1982). Der Streit unter den verschiedenen Richtungen von Wirtschaftstheorien – stichwortartig als Theorienstreit zwischen Fiskalisten und

Monetaristen beschrieben – hat in der Tat kaum Platz gelassen für fundierte wissenschaftliche Studien zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik als dem selbstverständlichen Gegenstück zur «reinen» Wirtschaftstheorie. Es wurde vielmehr ein fast nicht mehr überbrückbarer Graben zwischen den wirtschaftstheoretischen Erkenntnissen und den Erfordernissen der wirtschaftspolitischen Praxis aufgeworfen: Was ist von der wissenschaftlichen Ökonomie zu halten, wenn ihre höchste Auszeichnung, der Nobelpreis, innert weniger Jahre zwei Vertretern vergeben wird, die aus ihren wissenschaftlichen Arbeiten gegensätzliche wirtschaftspolitische Empfehlungen ableiten?

Die schweizerische Wirtschaft hat jedoch im Unterschied zu den meisten anderen Industrieländern noch Ende 1981 nahezu nichts von der internationalen Konjunkturschwäche verspürt. Es machten sich strukturelle Probleme, insbesondere in der Uhrenindustrie stärker bemerkbar. Doch Mitte 1982 wurde der Konjunkturrückschlag auch bei uns offensichtlich. Die Auftragseingänge der exportorientierten Firmen sind infolge der beispiellosen weltweiten Investitionsflaute deutlich gesunken; ihr Rückgang wurde überdies durch eine – glücklicherweise nur vorübergehende – Höherbewertung des Schweizer Frankens noch verstärkt. Dementsprechend wurde auch die Produktion mehrheitlich stark gedrosselt, so dass sie 1982 im Jahresdurchschnitt um fünf Prozent geringer ausfiel als 1981. Starke Einschränkungen musste vor allem die gewichtige Metall- und Maschinenindustrie vornehmen. Damit war naturgemäss auch ein Einbruch bei der Beschäftigung verbunden, indem innert Jahresfrist zeitweilig mehr als 5000 Arbeitsplätze oder etwa die Hälfte der seit der Krise 1974/75 neu geschaffenen Arbeitsplätze wieder verloren gingen. Teil- und Ganzarbeitslosigkeit nahmen deshalb rasch zu, so dass Ende Januar 1983 bei den Arbeitsämtern nahezu 28 000 Ganzarbeitslose und nahezu 70 000 Teilarbeitslose eingeschrieben waren. Der Anteil der Ganzarbeitslosen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung stellte sich auf 0,9 Prozent. Rechnet man die Teilarbeitslosigkeit ein, so liegt die Arbeitslosenquote bei etwa 1,5 Prozent, was im internationalen Vergleich zwar eine mässige, für schweizerische Verhältnisse aber eine hohe Zahl ist.

Diese Entwicklung und die weiterhin unsicheren Beschäftigungsaussichten haben den Bundesrat veranlasst, ein – von den eidgenössischen Räten inzwischen gutgeheissenes – Paket von *Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft* vorzulegen, das mit 970 Millionen Franken Bundesgeldern in der Wirtschaft ein Auftragsvolumen von rund 2000 Millionen Franken auslösen soll. Ausserdem wurde die maximale Entschädigungsdauer bei Teilarbeitslosigkeit vorerst von 12 auf 18 Monate und dann auf 24 Monate ausgedehnt und die Höchstzahl der Taggelder der Arbeitslosenversicherung für ältere Arbeitnehmer, Invalide und Einwohner wirtschaftlich bedrohter Regionen von 150 auf 180 Tage erhöht. Seit dem 1. Januar 1983 steht den Versicherten das Arbeitslosentaggeld auch dann zu, wenn das Arbeitsverhältnis infolge Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aufgelöst wird.

Rückgang des Exportes

Im Schweizer Aussenhandel waren 1982 sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren Rückgänge zu verzeichnen.

Die *Einfuhren* sanken wertmässig um gut drei Prozent und real um zwei Prozent. An diesem Rückgang waren mit Ausnahme der Konsumgüter alle Güterkategorien beteiligt. Es wurden sowohl weniger Rohstoffe und Halbfabrikate als auch weniger Investitionsgüter zur Neuausrüstung der Produktionsanlagen eingekauft; so wurden namentlich weniger Maschinen zur Herstellung von Textilien, Papier und Druckereierzeugnissen, zur Metallbearbeitung und für die Baubranche importiert. Demgegenüber nahm die Einfuhr von Konsumgütern real deutlich zu. Der Zuwachs war – trotz unausgelasteten inländischen Produktionskapazitäten – zur Hauptsache von den Gruppen Bekleidung und Wäsche getragen. Als Folge der weiterhin kaum gebrochenen Motorisierungswelle – der Motorfahrzeugbestand erhöhte sich 1982 um über vier Prozent – wurden aber auch für 22 Millionen Franken mehr Personautos eingeführt.

Die *Ausfuhren* sanken wertmässig nur geringfügig, real dagegen um rund vier Prozent. Der Rückgang betraf schwergewichtig die Gruppe der Investitionsgüter und vorab den Export von nicht-elektrischen Maschinen und Apparaten. Er wurde von der bereits erwähnten Investitionsflaute in den Industriestaaten verstärkt. Zum anderen beschränkten die Finanzierungsprobleme der Schwellen- und Entwicklungsländer deren Möglichkeiten für neue Aufträge an schweizerische Firmen.

Dementsprechend geht es der schweizerischen *Maschinenindustrie* nicht gut. Ihr Auftragsbestand und der Arbeitsvorrat leiden seit längerem an Schwindsucht. Kritisch ist die Lage im Textilmaschinenbau, wo der Arbeitsvorrat nur noch 3,7 Monate beträgt. Der Markt für Spinnerei-Weberei- und Stickmaschinen ist stark gedrückt. Die Produktion, die zu über 95 Prozent exportiert wird, musste gedrosselt und teilweise Kurzarbeit eingeführt werden. Eine Absatzbelebung wird frühestens nach der im Herbst 1983 stattfindenden Internationalen Textilmaschinenausstellung erwartet. Dagegen war die Nachfrage nach Stickmaschinen äusserst lebhaft. Die modische Beliebtheit von Stickereien setzte sich weltweit fort, so dass der teilweise überalterte Maschinenpark erneuert und zum Teil sogar erweitert wurde. Prekär sind die Verhältnisse auch für die Werkzeugmaschinenindustrie. Die Anschlussaufträge sollen zum Teil seit einem Jahr fehlen, was vereinzelt zu drakonischen Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit und Entlassungen geführt hat. Es heisst, die «Flaggschiffe des schweizerischen Maschinenhauses – BBC, Sulzer, Bühler – seien mehr oder weniger unsanft auf Grund gefahren». Grosse Bedeutung misst die Maschinenindustrie der Entwicklung des Frankenkurses zu. Es hiess lange Zeit, mit einem Dollarkurs zu 1.80 Franken liesse sich leben, und ein Kurs von 2.– Franken wäre komfortabel. Dennoch fehlt es jetzt zu einem Dollarkurs um 2.10 Franken an Aufträgen, weil die 1980 rechtlich verselbständigte Exportrisikogarantie wegen der depres-

siven Weltwirtschaftslage und wachsenden Schadenvergütungen in der Gewährung des Risikoschutzes zurückhaltender geworden ist.

Die schweizerische *Uhrenindustrie* kann ebenfalls noch kein Ende der Durststrecke absehen, obwohl sie technologisch wieder der Spitzengruppe zuzurechnen ist. Ihre Produktion hat sich gemessen an der Zahl der Fertiguhren und Uhrwerke innert zwei Jahren nahezu halbiert. Der Personalbestand, der schon 1980/81 nur noch etwa die Hälfte der Beschäftigten von 1970 betrug, hat sich nochmals um fast einen Fünftel auf noch 39 000 Personen verringert. Die weltweite Überproduktion und die randvollen Lager an Billiguhren haben alle Verteilungskanäle verstopft. Auch in Hongkong verschwinden immer mehr Uhrenfabriken, und gewisse Produkte der unteren Preisklasse werden zu Schleuderpreisen verkauft. Dagegen sind die Uhren der mittleren und oberen Preisklasse ziemlich konjunkturresistent. Überdies nimmt der Anteil der elektronischen Uhren an der Schweizer Produktion weiter zu und stellt sich im Export stückmässig bereits auf etwa 40 Prozent und wertmässig sogar auf fast 50 Prozent. Anker- und Roskopfuhrer verlieren dagegen immer mehr an Boden.

Im Bereich der billigen elektronischen Uhren schreitet die Vollautomatisierung der Produktion – mit entsprechenden Kostensenkungen – rasch voran. Unter der Bezeichnung SWATCH (SWiss-wATCH) wird neuerdings eine Quarzuhr mit Analoganzeige angeboten, bei der die Zahl der Bestandteile nur 50 beträgt und die so ausgelegt sind, dass sie voraussichtlich innert Jahresfrist vollautomatisch zusammengebaut werden können. Diese Uhr könne ab Werk gewinnbringend zu einem Preis von weniger als 20 Franken verkauft werden, da die vergleichsweise hohen direkten Arbeitskosten weitgehend entfallen.

Auch die Exporte der *chemischen Industrie* sind nur teilweise zufriedenstellend. Wertmässig nahmen die Ausfuhren zwar nochmals um gut zwei Prozent zu, nachdem sie schon 1981 um zwölf Prozent angewachsen waren. Real dagegen war ein Rückschlag um vier Prozent zu verzeichnen, da der Anstieg des Exporterlöses, vor allem bei den Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, fast durchwegs rein preisbedingt war.

Die *Textil- und Bekleidungsindustrie* hat ihre Aussenhandelsposition weitgehend behauptet. Produktion und Auftragseingang nahmen insbesondere in den Spinnereien deutlich zu, während die Webereien und die Bekleidungsbranche gewisse Rückschläge in Kauf nehmen mussten. Die Exporte der Gruppe als Ganzes jedoch entsprachen ungefähr dem Ergebnis von 1981. Auch für das laufende Jahr ist man vorsichtig optimistisch. Obwohl die Auftragbestände nur als knapp genügend und die Ertragslage als unbefriedigend beurteilt werden, hofft man als konsumnahe Industrie auf eine stabile Kaufneigung der Konsumenten. Man meint sogar, in der Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Exportmarkt der schweizerischen Textilindustrie, eine leichte Nachfragebelebung ausmachen zu können.

Die Schweizer *Schokoladenindustrie* hat ein neues Spitzenergebnis nur knapp verfehlt, weil der warme Frühling und Sommer 1982 einen Teil der Nachfrage förmlich «weggeschmolzen» haben. Überdies konnte am Inlandmarkt die ausländische Konkurrenz zum dritten aufeinanderfolgenden Male zurückgedrängt werden, nachdem sich die Importeure bis 1979 eines mehr oder weniger kontinuierlich wachsenden Marktes erfreuen konnten. Noch zu Beginn der sechziger Jahre betrug ihr Marktanteil bloss ein Prozent, stieg dann aber stetig bis zum Höchststand von vierzehn Prozent im Jahre 1979. Seither hat er sich wieder auf elf Prozent verringert und entspricht damit etwa dem schon vor zehn Jahren erreichten Niveau. Diese Entwicklung ist allerdings nicht nur den Leistungen der Schweizer Produktion zuzuschreiben, sondern mit dem «Schoggi-gesetz» – dem Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse – auch angestrebt worden.

Halbierung des Handelsbilanzdefizites

Trotz des Rückschlages im Export darf nicht übersehen werden, dass sich die Exportpreise nach einem Anstieg um drei Prozent im Jahre 1981 auch im vergangenen Jahr verbessert haben, und zwar um fast vier Prozent. Die Importpreise dagegen sind 1982 wie schon 1981 leicht gesunken. Dementsprechend haben sich auch die wirtschaftlichen Austauschverhältnisse zugunsten der Schweiz verbessert. Das traditionelle Defizit der Handelsbilanz, das durch Dienstleistungen und/oder Kapitalausleihungen an das Ausland zu decken ist, hat sich deshalb um fast zwei Milliarden Franken auf fünf Milliarden Franken verringert. Es hat sich damit auf die Hälfte des im Jahre 1980 erreichten und bisher absolut höchsten Betrages von zehn Milliarden Franken reduziert. Unser Land hat damit den mit dem zweiten Erdölshock von 1979 verknüpften Kaufkraftentzug – die Erdölpreise hatten sich damals beim Import mehr als verdoppelt – zu einem schönen Teil überwunden.

Zweitbestes Ergebnis des Fremdenverkehrs

Dem schweizerischen Tourismus ging es 1982 offensichtlich gut. Es wurden zwar etwa vier Prozent weniger Logiernächte als im Rekordjahr 1981 gebucht. Doch wurde damit noch immer das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten erzielt, so dass von einer Rezession im Tourismus wohl nicht gesprochen werden darf. Vielmehr sei auch hier die Frage wiederholt, «ob der Tourismus in der Schweiz, soweit er die Hotellerie und die Kurbetriebe beschlägt, nicht doch in einem vermehrten Masse auch *Rücksicht* zu nehmen hätte auf soziale Schichten, die weniger ausgeben können, als es in der Schweiz in der Regel vom ausländischen Gast erwartet wird». (Martin Schlappner in der NZZ). Die Schweizer Hotels sind, auch wenn sie an den jeweiligen Qualitäten beurteilt als preiswert

erscheinen, keineswegs billig. Ihre Preise haben sich 1982 um mehr als 8 Prozent erhöht, und auch im längerfristigen Vergleich ist ein nicht übersehbarer überdurchschnittlicher Preisanstieg festzustellen.

Bauwirtschaft überraschend resistent

Auch die Bauwirtschaft kann den Umständen entsprechend ein weiteres Mal auf ein verhältnismässig befriedigendes Jahr zurückblicken. Es wird geschätzt, dass die totalen Bauleistungen – bei einem Preisanstieg um etwa fünf Prozent – wertmässig nur wenig geringer als 1981 ausgefallen sind und damit real etwa der «normalen» Grössenordnung von 1979/80 entsprechen. Der Rückgang ist fast vollumfänglich auf einen markanten – und stark durch den Höhenflug der Hypothekarzinssätze auf 6 und 7 Prozent bedingten – Einbruch bei der Erstellung von Einfamilienhäusern zurückzuführen. Diese Zahl soll um einen Fünftel und die Zahl der Baubewilligungen für Einfamilienhäuser noch tiefer unter dem Stand von 1981 liegen. Dagegen nahm die Zahl der neuerstellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern nochmals zu. Die Zahl der baubewilligten und jene der am Jahresende im Bau befindlichen Wohnungen dürfte dagegen wie schon 1981 den Vorjahresstand nicht mehr erreicht haben. Auch die Tiefbautätigkeit tendierte wegen des Auslaufens grösserer öffentlicher Tiefbauarbeiten deutlich rückläufig. Dennoch beschäftigte das Baugewerbe im ganzen Ende 1982 ungefähr gleichviel Personal wie ein Jahr zuvor. Die nur wenig veränderten Urteile der Unternehmer über die Beschäftigungslage lassen vermuten, dass die Bauwirtschaft auch 1983 nicht von einem eigentlichen Beschäftigungseinbruch betroffen wird. Der Wohnungsmarkt nämlich, der etwa 40 Prozent der Bauleistungen (ohne private Unterhaltsarbeiten) absorbiert, ist weiterhin stark angespannt. Der nur mässige Anstieg des Leerwohnungsbestandes um schätzungsweise einen Viertel und der fortgesetzte, von der Reduktion der Zinssätze für Neuhypotheken seit Mitte 1982 noch kaum beeinflusste Mietzinsanstieg weisen auf eine weitgehend ungebrochene Nachfrage nach Wohnungen hin.

Aderlass am Arbeitsmarkt

Die Folgen der Produktionsdrosselung in der Exportindustrie und ihren Zulieferbranchen und der «Normalisierung» in der Fremdenverkehrsindustrie und in der Bauwirtschaft haben sich am Arbeitsmarkt konzentriert und tiefe Spuren hinterlassen. Gegenüber dem zyklischen Höchststand der Beschäftigung im Sommer 1981 mit total 2,6 Millionen beschäftigten Personen im 2. und 3. Sektor sind bis Ende 1982 konjunkturell, d. h. ohne den im Winter jeweils saisonüblichen Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe, etwa 50 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, und zwar fast ausschliesslich in der Gruppe der Industrie und des verarbeitenden Gewerbes. Auf die Metall- und Maschinenindustrie entfielen etwa 19 000, auf die Uhrenindustrie etwa 9 000 Arbeitsplätze. Das Baugewerbe konnte zwar wie erwähnt per Ende 1982 seinen saisonal tiefen Vor-

jahresstand halten, zählte aber im Jahresdurchschnitt 1982 dennoch rund 20 000 Beschäftigte weniger als 1981. Der 3. Wirtschaftssektor, der Dienstleistungssektor, der in früheren Jahren die anderswo freigesetzten Arbeitskräfte in der Regel mühelos absorbierte, war 1982 dazu nicht mehr in der Lage. Er expandierte im Jahresdurchschnitt 1982 nur noch um rund 12 000. Er zählte 1,4 Millionen Beschäftigte per Ende 1982. Im Einzelhandel stagnierte die Beschäftigung Ende 1982 auf dem Vorjahresstand, in der Hotellerie fiel sie leicht darunter.

Die Mangelsituation am Arbeitsmarkt ist dementsprechend praktisch verschwunden. Die Zahl der Betriebe, denen Arbeitskräfte fehlen, ging mit Ausnahme der Bauwirtschaft drastisch zurück; sie entsprach Ende 1982 nur noch einem Fünftel der rapportierenden Betriebe, und Ende Januar waren noch 5200 Stellen bei den Arbeitsämtern als zur Besetzung offen angemeldet. Dabei fällt auf, dass bezüglich Mangel und Überfluss an Arbeitskräften zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor im ganzen kaum noch Unterschiede bestehen. Auch im Dienstleistungssektor hat sich der Arbeitsmarkt deutlich entspannt, und vom gastgewerblichen Arbeitsmarkt der Stadt Zürich wird von einem eigentlichen Zusammenbruch der Nachfrage nach Hilfskräften berichtet: Ende Januar waren in Inseraten nur noch acht Hilfskräfte gesucht.

Der Verlust an Arbeitsplätzen schlug sich nur zum Teil in höheren Arbeitslosenzahlen nieder. Schätzungsweise haben sich nämlich etwa 25 000 Arbeitskräfte freiwillig oder unfreiwillig aus dem Erwerbsleben zurückgezogen, sei es durch Pensionierungen, durch den Besuch von Umschulungs- oder Weiterbildungskursen oder einfach durch einen Verzicht auf die Anmeldung beim zuständigen Arbeitsamt.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg dennoch bis Ende Januar 1983 auf rund 28 000 an, verglichen mit 6000 im Jahresdurchschnitt 1981. Der nicht unerhebliche und rasche Anstieg der Arbeitslosenzahlen hat die Angst geschürt, unser Land könnte das gleiche Schicksal wie andere Industriestaaten erleiden. Die Sicherheit der Arbeitsplätze wird von den im Januar 1983 befragten Haushalten denn auch ziemlich pessimistisch beurteilt; der entsprechende Index stellte sich auf -120 bei theoretisch möglichen Extremwerten von $+200$ und -200 . Die heftigen Reaktionen der Öffentlichkeit auf die rasch zunehmenden Arbeitslosenzahlen zeigen, dass die Arbeit im Bewusstsein des Schweizervolkes einen hohen Stellenwert einnimmt. Dementsprechend liegt die Alarmgrenze gegenüber der Arbeitslosigkeit extrem tief. Staatliche Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit müssen ausgelöst werden, lange bevor die Arbeitslosenquote ein Prozent erreicht hat.

Krisen- und teuerungsbedingter Rückgang im Detailhandel

Die Unsicherheiten am Arbeitsmarkt haben bisher die Nominallöhne praktisch nicht beeinflusst. Ihr Anstieg betrug wie schon im Vorjahr etwa sechs Prozent und war damit nur gering grösser als der Anstieg des

Preisniveaus. Diese einmal mehr ohne jeden Eingriff in die Tarifautonomie der Sozialpartner erzielte Nominallohnentwicklung einerseits und die eingangs schon erwähnten Verbesserungen der sozialen Sicherheit andererseits haben dazu beigetragen, dass der Detailhandel von einem krisenbedingten Absatzeinbruch verschont blieb. Er ist aber von der gedrückten Wirtschaftslage und der deshalb andauernden Zurückhaltung der Konsumenten ebenfalls betroffen worden. Der Umsatz stieg 1982 nominell nur noch um gut drei Prozent, verglichen mit sechs Prozent im Jahre 1981. Real war infolge des weiteren Preisanstiegs um fast sechs Prozent sogar ein Rückgang um knapp zwei Prozent zu verzeichnen, womit der Realumsatz nun zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal unter den Vorjahresstand gesunken ist. Davon betroffen waren Nahrungs- und Genussmittel sowie etwas deutlicher Bekleidungsartikel und Textilwaren.

Dagegen konnten etwas mehr dauerhafte Konsumgüter (das sind Haushaltapparate und -geräte, Autos, Möbel usw.) verkauft werden als 1981, obwohl der Absatz dieser Güter im allgemeinen besonders empfindlich auf wirtschaftliche Schwierigkeiten reagiert. Diese nicht ohne weiteres zu erwartende Abweichung von der Regel mag eine Folge einerseits des relativ mässigen, vom hohen Frankenkurs und der scharfen Konkurrenz zurückgebundenen Preisanstiegs dieser dauerhaften Konsumgüter sein. Andererseits hat sich 1982 die Sparquote der privaten Haushalte auch wegen des bereits anfangs 1982 einsetzenden Rückgangs der Zinssätze für Kassenobligationen und der Rendite eidgenössischer und kantonaler Obligationen kaum mehr erhöht, so dass sich das für Konsumzwecke verfügbare Einkommen nicht weiter reduzierte. Das Sparen um des Zinsertrages willen ist nämlich neben dem Sicherheits- und Vorsorgesparen und dem Zwecksparen bloss das dritte hauptsächliche Sparmotiv des Schweizer, wie aus den von der SKA seit 1979 jährlich durchgeführten Umfragen über das Sparverhalten der Schweizer hervorgeht.

Stützung der Konjunktur durch Zinsabbau

Den anfangs 1982 zunehmenden Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaft ist die Nationalbank mit einer weniger restriktiven Geldpolitik und einer merklich grosszügigeren Geldversorgung entgegengetreten. Sie senkte den offiziellen Diskontsatz in drei Schritten, letztmals per 3. Dezember 1982, von 6 auf 4,5 Prozent. (Soeben hat die Nationalbank eine nochmalige Senkung auf 4 Prozent vorgenommen.) Diese Politik und die konjunkturbedingt geringere Geld- und Kreditnachfrage der Wirtschaft führten zu einer Normalisierung der Zinsstruktur und zu rasch fallenden Zinssätzen. Die Rendite für Dreimonatsdepots bei Grossbanken sank von 10 Prozent im Herbst 1981 auf 4,75 Prozent Mitte 1982 und 2 Prozent anfangs 1983. Die Rendite der Bundesobligationen verringerte sich in der gleichen Zeit von 6 Prozent auf 4,25 Prozent und jene der Kassenobligationen von durchschnittlich 6,5 Prozent auf 4 Prozent.

Die Zinssätze für Spargelder dagegen verharren bei 4 Prozent; ihre Reduktion sowie die Senkung der Zinssätze für Althypotheken um ein halbes Prozent sind jedoch bereits angekündigt.

Diese noch nicht abgeschlossenen Veränderungen der Zinssätze brachten den Banken einen breiten Zustrom von Spargeldern, so dass die 1980 und 1981 vehement beklagten Rückgänge im klassischen Bereich Sparhefte mehr als wettgemacht wurden. In Bankkreisen ist man allerdings nicht so recht froh über den neuen Zustrom an Spargeldern. Man schätzt, dass es sich dabei zu einem grossen Teil um sogenannte Wartegelder von zinsbewussten Kunden handle, die bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder in höher verzinsliche Anlageformen abwandern. Die Finanzierung von Hypotheken werde deshalb zusehends unstabiler.

Diese Zinsreduktionen haben zweifellos zur Stützung der inländischen Konjunktur beigetragen. Sie haben den Unternehmen gewisse Kostenentlastungen gebracht. Sie haben überdies den Kurs des Dollars gestärkt und so der schweizerischen Exportwirtschaft zu etwas mehr Luft verholfen. Die Stärkung des Dollars führte aber auch zu höheren Preisen gewisser Importprodukte und eröffnete den einheimischen Produzenten neue Möglichkeiten für Preiserhöhungen und damit auch zur Verbesserung ihrer Ertragslage. Dies bestätigt – ausschnittsweise – einerseits, dass die Inflation im wesentlichen ein rein monetäres Phänomen ist und die Ursache für eine langandauernde Inflation bei der Geld- und Zinspolitik der Notenbanken zu suchen ist. Andererseits zeigt sich, dass ein einseitig auf die Eindämmung der Inflation ausgerichtetes Handeln den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht nur nicht bremst, sondern die Beschäftigungsprobleme sogar drastisch verschärft.

Nur langsam abklingende Teuerungswelle

Die Hoffnungen auf eine deutliche Abschwächung der Teuerung haben sich 1982 nicht erfüllt. Wohl hat sich der Anstieg des Grosshandelspreisindex, der die Preise von inländischen Waren beim Produzenten und von importierten Waren beim Überschreiten der Schweizergrenze erfasst, von sechs Prozent 1981 auf 2,5 Prozent 1982 verringert. Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung jedoch stellte sich im Jahresmittel 1982 auf 5,7 Prozent, verglichen mit 6,5 Prozent im Jahre 1981. Der Preisauftrieb bei den Inlandgütern, und zwar sowohl von Waren als auch von Dienstleistungen, schwächte sich entgegen den ursprünglichen Erwartungen nur sehr geringfügig ab. Die jährliche Steigerung des Mietpreinsniveaus verstärkte sich sogar von 7,6 Prozent im November 1981 auf 10,7 Prozent im Mai 1982 und betrug im November 1982 noch immer 8,9 Prozent, obwohl der Anstieg der Hypothekarzinsätze zum Stillstand gekommen war. Gewisse Importwaren dagegen haben sich inzwischen unabhängig von der Wechselkursentwicklung merklich verbilligt; so jüngst insbesondere Heizöl und Benzin infolge des Überangebots an Rohöl und Mineralölprodukten auf dem Weltmarkt,

während bei anderen Importprodukten ein bremsender Einfluss der ausländischen Rezession auf die Preise unübersehbar ist. Seit dem Jahreswechsel 1982/83 zeichnet sich nun ein Einpendeln der Jahresteuersatzrate auf fünf Prozent ab. Es sind zurzeit keine ins Gewicht fallende Preisaufschläge bestimmter Warengruppen bekannt; einzig die Eisenbahntarife werden am 28. April 1983 um zehn Prozent ansteigen. Dagegen werden die Hypothekarzinssenkungen zu einer Stabilisierung des Mietpreisindex beitragen, aber wegen Kostenüberlegungen der Vermieter und des in den Grossstadtregionen nach wie vor ausgetrockneten Wohnungsmarktes kaum zu einer Rückbildung des Mietpreisniveaus führen. Immerhin hätte bereits eine solche Stabilisierung des Mietpreisindex eine Reduktion der Jahresteuersatzrate des Landesindex um einen Prozentpunkt zur Folge. Damit würde die vielzitierte «3 vor dem Komma» der Teuerungszentrale im Mai 1983 erstmals in den Bereich des Möglichen rücken.

Eine nachhaltige Dämpfung der Teuerung erhofft sich die Mehrheit der Stimmbürger von einer ständigen Preisüberwachung, die der Bund nach der Ende November 1982 erfolgten Annahme der Volksinitiative «zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung» einrichten muss. Zur erstmaligen Zustimmung zu einer Volksinitiative seit 1920 haben nach einem Kommentar in der «Berner Zeitung» die Arbeitgeber in doppelter Hinsicht beigetragen: «Mit dem Argument der falschen Indexberechnung haben sie in den letzten Wochen (vor der Volksabstimmung) den Streit um den Teuerungsausgleich angeheizt. Vielen Arbeitnehmern sind die heutigen 6 Prozent Teuerung (entspricht einer Verdoppelung der Preise in zwölf Jahren) nur gleichgültig, wenn ihre Löhne im Gleichschritt steigen. Der unsichere Teuerungsausgleich hat den Ruf nach einer Preisüberwachung gestärkt. Zudem: Hätten sich die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen und der grossen Parteien FDP und SVP im Parlament für ein griffigeres Kartellgesetz eingesetzt, so hätten die Konsumentinnenorganisationen ihre 1979 eingereichte Initiative zurückgezogen.»

Wie geht es 1983 konjunkturell weiter?

Die Konjunkturprognosen für das verflossene Jahr 1982 sind im nachhinein als Orakel ohne Mirakel bezeichnet worden. Mehrheitlich war nämlich «vorausgesagt» worden, die schweizerische Wirtschaft werde in der 1. Jahreshälfte von einer Abschwächung betroffen, doch der Wiederaufschwung sei für die 2. Jahreshälfte zu erwarten... Für 1983 reden die Trendmeldungen ebenfalls mehrheitlich von einer konjunkturellen Durststrecke. Doch sei kaum mit einer harten Krise zu rechnen, und gegen Ende 1983 dürfe man sogar eine leichte Besserung erwarten. Man hofft, die internationale Konjunktur werde insbesondere in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland an Kraft gewinnen und über den Aussenhandel auch die Konjunktur in der Schweiz stimulieren. Ob sich

diese vagen, aber anders als 1982 nicht unberechtigten Hoffnungen erfüllen, wird sich zeigen. Doch die Verhinderung beider Ungleichgewichtsphasen der Konjunktur, die Verhütung von Krisen und Arbeitslosigkeit einerseits und die Bekämpfung der Inflation als Symptom der Überkonjunktur andererseits, sind Aufgaben des Bundes. Er ist dafür 1978 mit einem neuen Artikel 31 quinquies der Verfassung ausgerüstet worden.